

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum Beginn der Mai-Sitzung am 19. Mai 2021 verurteilte der Schleswig-Holsteinische Landtag überfraktionell antisemitische Parolen und bekräftigte seine Solidarität mit

den jüdischen Mitbürgern. Militante Palästinenser hatten aus dem Gazastreifen Israel mit Raketen angegriffen. Israel beschloss daraufhin Ziele im Palästinensergebiet. In mehreren deutschen Städten gab es daraufhin anti-israelische und antisemitische Demonstrationen. Dabei wurden auch israelische Flaggen angezündet.



Mit der Überschrift „Gegen jeden Antisemitismus in Schleswig-Holstein – Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson“ hatten SPD, CDU, Grüne, FDP und SSW eine Aktuelle Stunde beantragt. Bei einer Aktuellen Stunde beraten die Abgeordneten ohne feste Rednerliste über ein landespolitisches Thema von aktueller Bedeutung. Die Redezeit ist auf fünf Minuten pro Beitrag begrenzt. „Dieser Terror sei durch nichts zu rechtfertigen und müsse sofort beendet werden. Leuten, die die Ereignisse in Israel nutzen, um hier gegen Juden zu hetzen, müsse entschieden entgegengetreten werden. Es gibt keinen Platz in unserer Gesellschaft für Antisemitismus“, betonte Serpil Midyatli.

Vor Pfingsten begann sich die Pandemielage zu entspannen. Die Zahl der Corona-Fälle sank und Öffnungsschritte traten in Kraft. Vorherrschendes Thema blieb Corona in der Mai-Sitzung. In der Landtagsdebatte wurde über die Umschichtung des Milliarden-Notkredits zur Bewältigung der Corona-Krise diskutiert. Ralf Stegner, der die Debatte eröffnete, machte deutlich, dass die zuletzt in Kraft getretenen Öffnungen eine gute Nachricht seien. In der Realität sei Corona jedoch noch nicht vorbei. „Vorsicht bleibt unverzichtbar“, so Ralf Stegner. Impfungen bleiben der beste Weg aus der Pandemie. Denn: „Wer sich impfen lässt, schützt nicht nur sich selbst, sondern auch andere“. Die Impfterminvergabe der Landesregierung nannte er ein Trauerspiel. Das System zwinge Menschen, „zu Egoisten zu werden“. ...

„Es könne nicht angehen, dass diejenigen mit den meisten technischen Geräten am schnellsten an einen Termin kommen. Mehr Tempo beim Impfen könne auch durch mobile Impfteams erreicht werden.“

Mit steigender Nachfrage nach Wildtieren ist auch der Handel in den vergangenen Jahren angewachsen. Problematisch ist, dass die Tiere in ihren Ursprungsländern oft aus der freien Natur entnommen werden. Sowohl Fang als auch Transport erfolgen häufig unter tierschutzwidrigen Bedingungen. Viele auf dem internationalen Markt gehandelten Tierarten sind in ihrem Bestehen gefährdet oder akut vom Aussterben bedroht. Die Naturschutzorganisation WWF warnt vor bestehenden Gefahren durch den Handel mit Wildtieren. Besonders lukrativ ist beispielsweise der Schmuggel von Papageien, Greifvögeln, Zierfischen, Reptilien und Säugetieren wie kleinen Raubkatzen oder Affen. Hinzu kommt, dass exotischen Tieren bei privaten Haltern nur selten ein ihren natürlichen Bedürfnissen und Verhaltensweisen angemessenes Leben geboten werden kann. Seit Corona wächst auch die Angst vor der Übertragung von Krankheiten auf den Menschen.

Grundsätzlich waren sich alle Fraktionen in der Debatte zum Wildtierhandel einig, der Handel mit Wildtieren muss besser reguliert werden. Von schätzungsweise 500 Märkten in größeren Städten, auf denen häufig mit Wildtieren gehandelt wird, liegen über die Hälfte in Regionen mit einem potenziell hohen Risiko von einer Übertragung tierischer Erreger auf den Menschen, einer sogenannten Zoonose. Nachdem China im Februar 2020 ein dauerhaftes Verbot der Zucht von Wildtieren für die Fleischproduktion erließ, sieht der WWF in einigen südostasiatischen Staaten dringenden Bedarf, die bestehenden Regelungen für den Handel nachzuschärfen, um die Zoonose-Gefahr einzudämmen.

Zu unserem Ergänzungsantrag machte ich in meiner Rede hierzu am 20. Mai 2021 deutlich, dass Regulierungen schon viel früher hätten auf den Weg gebracht werden können. In unserem Antrag forderten wir „eine durchgehende Überwachung von Tierbörsen durch einen auf die Tierklasse spezialisierten Tierarzt. Tierbörsenleitlinien sollten zudem durch eine rechtsverbindliche, bundesweit einheitliche Verordnung ersetzt werden. Internet-Börsen, die Tiere anbieten, sollten nach einer Studie ebenso wie Tierbörsen einer Erlaubnispflicht nach dem Tierschutzgesetz unterliegen. „Laut § 2 Tierschutzgesetz muss derjenige, der ein Tier hält oder es betreut, es seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen.“ Häufig verfügen diejenigen, die mit Tieren handeln über keine artenspezifischen Haltungskennnisse.“ Wir brauchen eine bundeseinheitliche Zertifizierung und Sachkundeprüfung für Verkäufer und Verkaufsbörsen. Leider konnte sich die Jamaika-Koalition nicht dazu durchringen unseren Änderungsantrag anzunehmen. Die Leidtragenden sind die Tiere.

In der 59. Tagung des Landtags, der letzten vor der sitzungsfreien Sommerpause, startete am 16. Juni 2021 eine Debatte um die Schulen in Schleswig-Holstein. SPD und SSW haben gemeinsam Änderungsvorschläge für das Schulgesetz vorgelegt (Drs. 19/5897). Das digitale Lernen soll erstmals geregelt werden, es soll weitere Schritte auf dem Weg zu echter Lernmittelfreiheit geben und die Arbeit von Schüler- und Elternvertretungen gestärkt werden. Dazu sagte Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Jamaika hat eine Schulgesetznovelle vorgelegt, an deren Inhalten sich das Abarbeiten kaum lohnt. Schlimm ist, was alles nicht drinsteht. Das Begriffspaar ‚Bildung und Erziehung‘ wird

wieder eingeführt, neue Möglichkeiten für Bildung und Erziehung werden aber nicht mitgeliefert – mit Ausnahme neuer Strafmöglichkeiten. Das ist rückwärtsbezogen. Völlig ausgeblendet werden die Erfahrungen von anderthalb Jahren Corona. ... Jetzt muss doch klar sein: Das Erreichte muss im Schulgesetz abgesichert werden, Regelungslücken geschlossen und neue Perspektiven eröffnet werden. Es darf nicht mehr von der einzelnen Lehrkraft abhängen, ob das digitale Lernen funktioniert.“ Martin Habersaat forderte ganz richtig, dass auch künftig die Möglichkeiten des Distanzunterrichts zu nutzen und regelmäßig zu üben seien. Er wirft der Jamaika-Koalition vor, das zu verhindern. Hier müssen die Schulen aufbauend weitermachen und neue Ideen entwickeln.

Die SPD-Landtagsfraktion hat eine neue Vorsitzende: Serpil Midyatli ist am 22. Juni 2021 zur neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. "Es ist absoluter Rückenwind für mich. Ich freue mich über das Vertrauen, das mir ausgesprochen worden ist", sagte Serpil Midyatli. Ralf Stegner stand nicht zur Wahl - er kandidiert für den Bundestag. 13 Jahre lang stand er an der Spitze der schleswig-holsteinischen SPD-Landtagsfraktion. Offiziell hat Serpil Midyatli zum 1. Juli 2021 den Vorsitz der SPD-Landtagsfraktion übernommen.

In Schleswig-Holstein gibt es aktuell keine Impfpriorisierung mehr. In den Impfzentren werden jedoch immer häufiger Termine nicht wahrgenommen. Das darf nicht passieren, hier muss jeder einen nicht passenden Termin auch absagen. Impfwillige können sich bei einem Impfzentrum über www.impfen-sh.de registrieren. Auch gibt es Chancen, bei den niedergelassenen Ärzten nachzufragen. Die sind zwar meistens noch bei Priorisierungsgruppe 1, 2 und 3. Doch das ist nicht überall so. Über das Portal praxisimpfliste-sh.de kann man sich auf die Warteliste einer Praxis setzen lassen. Vielleicht bietet auch der eigene Arbeitgeber eine Impfkation. Und bei manchen Hausärzten und Impfzentren gibt es Aktionen für Impfungen ohne Termin oder Anmeldung - meist mit den Impfstoffen von AstraZeneca oder Johnson & Johnson. Etwa 12.000 Termine für Corona-Schutzimpfungen gibt es jeden Tag in den 28 Impfzentren des Landes.

Die zunächst in Indien aufgetretene Delta-Variante des Coronavirus wird sich nach Einschätzung der EU-Gesundheitsbehörde ECDC im Laufe des Sommers deutlich in Europa ausbreiten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Delta-Variante während des Sommers stark zirkulieren wird", erklärte ECDC-Direktorin Andrea Ammon. Dies gelte ganz besonders für Jüngere, die nicht zu den Zielgruppen der Impfkampagnen gehörten. Eine gute Nachricht ist, dass zwei Impfdosen einen hohen Schutz gegen diese Variante und ihre Folgen bieten. Ein sehr hohes Tempo bei den Impfkampagnen ist deshalb äußerst wichtig.

Noch immer besteht für zu viele Menschen das Risiko, ernsthaft an Covid-19 zu erkranken. Deshalb sollten wir, auch wenn es verständlicherweise vielen mittlerweile jetzt gerade bei sommerlichen Temperaturen und geringen Inzidenzen schwerfällt, weiter wachsam bleiben und die AHA Regeln einhalten.

Ich wünsche Euch allen eine schöne und sichere Sommerzeit. Bleibt gesund!

Euer Stefan Weber

Aus dem Plenum

Impfdebatte

Die SPD will Impfungen in Regionen mit einer geringeren Arztdichte und in sozial benachteiligten Quartieren verbessern. In der Mai-Sitzung hat die SPD-Landtagsfraktion beantragt, dass Landesregierung und Kassenärztliche Vereinigung einen Plan erarbeiten sollen, wie Haus- und Fachärzte durch mobile Impfteams unterstützt werden können, um mit den Impfungen schneller vorankommen. Die SPD-Landtagsfraktion hat in einer Neufassung ihres Antrages zusätzlich eine zielgerichtete Impfstrategie für Kinder und Jugendliche ab dem 12. Lebensjahr angeregt.

Ralf Stegner: „Die Impfungen bleiben unser bester Weg aus dieser Pandemie. Sie sind der Schlüssel, um die Infektionszahlen dauerhaft in den Griff zu bekommen und aus dem unheilvollen ständigen Kreislauf von Verschärfungen und Lockerungen herauszukommen. Darum ist Impfneid vollkommen fehl am Platz – im Gegenteil, wir sollten uns gemeinsam über jede Impfung freuen. Wer sich impfen lässt, schützt nicht nur sich selbst, sondern auch andere. Das Impfterminmanagement ist und bleibt ein Trauerspiel und dafür trägt niemand anders Verantwortung als diese Landesregierung selbst. Hinterher sind alle schlauer – aber die SPD hat eben auch schon seit Monaten Alternativen gefordert. ... Tempo ist jetzt das wichtigste. Und dafür braucht es alle: Haus- und Betriebsärzte, Impfzentren und auch die von meiner Fraktion geforderten mobilen Impfteams. Denn uns allen ist doch klar: wichtig ist es dort zu impfen, wo es besonders nötig ist, nicht dort, wo die Arzt-Quote besonders hoch ist. Auch nach 15 Monaten Corona gilt für uns: Wir kritisieren die Regierung dort, wo es nötig ist. Aber wir stehen auch in der Opposition zu unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein. Das ist einer von so vielen Punkten, in dem wir uns von denen rechts außen unterscheiden, die sich lieber an Inzidenzwerten und Masken abarbeiten. Und weil wir zu unserer Verantwortung stehen, tragen wir auch die Umschichtungen beim Notkredit mit. Das Land muss jetzt handlungsfähig bleiben, um die Folgen der Pandemie so gut wie möglich zu bewältigen. Aber wir haben auch klar gemacht, dass unsere Zustimmung an eine Bedingung geknüpft ist: Wir wollen, dass die Unterstützung bei denen ankommt, die sie besonders dringend brauchen, nicht zuletzt die wirklich gebeutelten Familien. Und die Unterstützung des milliardenschweren Corona-Aufholprogramms ist ein großer Erfolg unserer Bundesminister. Schade, dass man dafür in Berlin mit der eigentlich zuständigen CDU-Bildungsministerin so lange ringen musste.... Es kann nicht sein, dass wir diese Eltern als Dank mit dem vollen Kita-Beitrag allein im Regen stehen lassen. Da muss eine Lösung möglich sein. Und auch dafür haben wir einen Antrag gestellt. Und grundsätzlich gilt bei diesem Thema: Ohne Kita-Gebühren hätten wir dieses Problem nicht. Bildung muss kostenfrei sein, von der Kita bis zum Studium! Alle anderen norddeutschen Länder sind auf diesem Weg, da regieren ja auch Sozialdemokraten. Das wird sich in Schleswig-Holstein offenkundig erst ändern, wenn wir wieder die Regierung führen.“

Die Rede von Ralf Stegner kann hier als Video abgerufen werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=B-AVMyLmZrA>

Notfallrettung

Auf den Inseln und Halligen soll die Notfallrettung durch die Einführung eines „Point in Space“ (PinS) weiterentwickelt werden. Die DLR Luftrettung plant ein Pilotprojekt in Schleswig-Holstein. In Deutschland sind die Luftretter mit über 50 Hubschraubern an 32 Standorten Teil eines flächendeckenden Luftrettungsnetzes. In Schleswig-Holstein hat die DRF Luftrettung zwei Stationen, in Niebüll und Rendsburg. An beiden Orten sind Hubschrauber vom Typ H145 stationiert. PinS ist ein satellitengestütztes Navigationssystem, das bei schlechtem Wetter ermöglicht, auch bei eingeschränkter Sicht, Rettungseinsätze zu fliegen. SPD-Landtagsabgeordneter Bernd Heinemann nannte das Thema existenziell. Durch PinS kann der Einsatz von Rettungshubschraubern verlässlicher und wetterunabhängiger werden. Das System kann den Standort eines Hubschraubers „im dreidimensionalen Luftraum instrumentengestützt exakt bestimmen.“ In Dänemark wird PinS seit 2015 angewandt, ebenso in Norwegen und der Schweiz. Ohne das System müssen Rettungshubschrauber am Boden bleiben, wenn sich Wolken in einer Höhe unterhalb von etwa 400 Meter befinden. „Mit PinS könnte diese Startgrenze um 50 Prozent gesenkt werden“, so Heinemann. Ziel des Pilotprojektes ist, dass das PinS-System in das Luftfahrt-Handbuch aufgenommen wird, damit alle Organisationen der Luftrettung dieses Verfahren nutzen können.

Die Rede von Bernd Heinemann kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2021-05-19T15.01.44.427P02.00.mp4#t=5265,5511>

Hilfeplan für Glücksspielsüchtige abgelehnt

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Mai einen sieben Punkte umfassenden Antrag für einen Glücksspiel-Suchthilfeplan vorgelegt. Die Jamaika-Koalition wurde aufgefordert, Schwerpunkte, wie etwa den Ausbau der Prävention, die Förderung von Beratungs- und Selbsthilfeorganisationen oder Entschuldungsangebote, in einen „Glücksspiel-Suchthilfeplan“ einzuarbeiten.

Im Juli 2021 ist der neue Glücksspiel-Staatsvertrag in Kraft getreten, auf den sich die Bundesländer verständigt haben. Der Staatsvertrag soll ein Nebeneinander abweichender Regeln der Länder verhindern und ein bundeseinheitliches Niveau beim Spieler- und Jugendschutz ermöglichen. Das Anbieten von Online-Glücksspielen ist bisher in Deutschland verboten. Nur Schleswig-Holstein hatte Lizenzen vergeben.

SPD-Gesundheitsexperte Bernd Heinemann wies darauf hin, dass gerade in der Corona-Pandemie der Anteil der Spielsüchtigen in Schleswig-Holstein gestiegen ist. Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang, alle Angebote zum Glücksspiel und

sämtliche Hilfsangebote in Schleswig-Holstein aktuell aufzulisten. Bernd Heinemann: „Mit dem neuen Glücksspielstaatsvertrag und auch mit früheren Entscheidungen kommt dem Land Schleswig-Holstein eine besondere Verantwortung zu. Zu der müssen wir uns auch bekennen. ... Was wir brauchen ist ein umfassendes Präventionskonzept für alle Altersgruppen, Fachkonzepte für spezifische Beratungs- und Hilfeangebote aber auch zielgerichtete Förderkonzepte für Selbsthilfeorganisationen. Sozialkonzepte und weitreichenden Entschuldungsmöglichkeiten für Betroffene und ihre Angehörigen gehören zu einem Gesamtkonzept. ... Es geht um Menschen, die unsere Hilfe benötigen, weil sie spielsüchtig geworden sind. Gerade um diese müssen wir uns doch kümmern. ... Den Antrag der Koalition lehnen wir ab. Er ist Augenschwärmerei und umgeht das Thema der Glücksspielsucht. Sie haben auch nur Prüfaufträge formuliert. Das wird einem umfassenden Konzept nicht annähernd gerecht. Ein Blick auf die Autoren des Antrages, macht deutlich, dass es bei Ihnen nicht um Suchtpolitik, sondern um Finanzpolitik geht...“

Die Rede von Bernd Heinemann kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2021-05-19T15.01.44.427P02.00.mp4#t=6946,7261>

Pakt zur Stärkung der Sozialarbeit an Schulen

Schülerinnen und Schüler trifft die Corona-Pandemie besonders. Sie müssen nicht nur den Wechsel zwischen Präsenz –und Distanzunterricht bewältigen. Ihr soziales Leben ist seit über einem Jahr extrem eingeschränkt. Rückzugsräume wie Schulen und Jugendzentren stehen ihnen kaum noch zur Verfügung. Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit dem SSW einen Antrag (Drs. 19/2948) zur Stärkung der Schulsozialarbeit eingebracht.

Bei der Bewältigung der Krisenfolgen darf es nicht nur um fachliche Aspekte gehen. Schülerinnen und Schüler brauchen kreative Möglichkeiten, sportliche Aktivität und soziale Beziehungen. „Ganze Tage in Audiokonferenzen ohne Freizeitausgleich setzen viele junge Menschen unter Stress, andere verstärken ihren Hang zu Suchtverhalten, ohne dass die üblichen Hilfesysteme im gewohnten Umfang zur Verfügung stehen“, so der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat. Deshalb brauchen wir mehr Mittel für die Sozialarbeit an den Schulen. Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, miteinander über einen Pakt für die Schulsozialarbeit zu sprechen, „mit zusätzlichen Stellen und der Möglichkeit zur Aufstockung von vorhandenen Stellen an den allgemein- und berufsbildenden Schulen“, heißt es im Antrag.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Habersaat sagte weiter: „SPD und SSW haben bereits Vorschläge vorgelegt, wie Lernlücken bei Schülerinnen und Schülern angegangen werden könnten. Doch es darf bei der Aufarbeitung nicht nur um fachliche Aspekte gehen. Als wir gemahnt haben, nach Monaten des Lockdowns die Schüler*innen nicht mit einem Klassenarbeitsplan, sondern eher im Stuhlkreis wieder an den Schulen zu begrüßen, haben wir das ernst gemeint. Natürlich wurde fachlich nicht alles geschafft, was unter normalen Umständen zu schaffen wäre. Aber Schule ist so viel mehr. ... Es wird höchste Zeit,

dass die Bildungsministerin Perspektiven aufzeigt, die über das Bewältigen der nächsten zwei Wochen hinausgehen.“

Die Jamaika-Koalition hat den Antrag von SPD und SSW zum Pakt zur Stärkung der Sozialarbeit an Schulen abgelehnt.

Die Rede von Martin Habersaat kann hier als Video abgerufen werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=SqwOakU3FmM>

Jedes Kind muss schwimmen können!

Im Jahr 2020 starben bundesweit 378 Menschen bei Badeunfällen, unter ihnen 18 Kinder im Vorschulalter und fünf Kinder im Grundschulalter. Die Zahl der Todesfälle ist im Vergleich zum Vorjahr 2019 bundesweit als auch in norddeutschen Bundesländern leicht rückläufig, in Schleswig-Holstein stieg sie weiter an.

Die Corona-Pandemie macht Schwimmunterricht unmöglich. Das muss sich ändern. Den Trägern von Schwimmbädern sollen die Mehrkosten, die durch die Aufrechterhaltung der Schwimmstätten entstehen, erstattet werden. Es gibt immer mehr Kinder und Jugendliche, die nicht schwimmen können – das ist nicht nur auf weniger Engagement von Familien, Schulen und Vereinen zurückzuführen, sondern auch auf die Corona-Pandemie. „Wir wollen Schwimmunterricht für Kinder und Jugendliche sowie das Rettungsschwimmtraining unverzüglich im ganzen Land ermöglichen“.

Die sportpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kathrin Bockey, hat einen entsprechenden Antrag (Drs19/2954) in den Landtag eingebracht. Kathrin Bockey: „Schleswig-Holstein: das ist das Land zwischen den Meeren mit einer Gesamtküstenlänge von über 1.300 Kilometern und zahlreichen Flüssen und Seen.

Sicher schwimmen zu können ist bei uns besonders wichtig! Im Idealfall melden Eltern heute ihre Kinder zum Schwimmkurs an und im Glücksfall ist es die Schule, die ihrer Verpflichtung zum Schwimmen-Lehren nachkommt. Selbstverständlich war schon vor Corona weder das eine noch das andere und im Moment läuft gar nichts... Die Corona-Pandemie zeigt: Dort, wo es bereits vorher Mängel gab, hat sich die Situation noch verschlimmert. Unsere Lehrer*innen kämpfen seit über einem Jahr dafür, ihre Schüler*innen in den Kinderzimmern vor den Bildschirmen nicht zu verlieren. Bezogen auf das Schwimmen gab es gar keinen Kampf, weil die meisten Hallenbäder geschlossen und vielfach sogar das Wasser aus den Becken abgelassen wurde. Das müssen wir ändern. Und zwar sehr schnell. Wir müssen diesem Trend entgegenwirken, indem wir Kommunen und Hallenbetreiber konkret unterstützen, Schwimmflächen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört, überall wo es möglich ist, Hallenbäder und Freibäder parallel zu betreiben und damit die Hallenbadsaison zu verlängern.“

Die Rede von Kathrin Bockey kann hier als Video abgerufen werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=5Lf5Cdc68i8>

Maskenaffäre

Der Landtag hat in der Mai-Sitzung einvernehmlich die Korruptionsvorwürfe gegen Abgeordnete aus dem Bundestag und dem Bayerischen Landtag verurteilt und einen Antrag verabschiedet, der solche Vorgänge in Schleswig-Holstein verhindern soll. Im Zentrum der so genannten Maskenaffäre stehen Georg Nüßlein (CSU) und Nikolaus Löbel (CDU) sowie Mark Hauptmann (CDU). Nüßlein und Löbel wurde Korruption im Zusammenhang mit der Beschaffung von Corona-Schutzmasken vorgeworfen. Im Sommer 2020 soll sich eine Textilfirma aus Hessen an Georg Nüßlein (CSU), der unter anderem im Gesundheitsausschuss des Bundestags saß, gewandt haben. Nüßlein soll sich daraufhin für die Vergabe von Aufträgen an die Firma eingesetzt haben - und im Gegenzug 660.000 Euro Provision über seine Beraterfirma kassiert haben, ohne diesen Gewinn steuerlich geltend zu machen.

In einem interfraktionellen Antrag verurteilt die SPD-Landtagsfraktion, der SSW und die Fraktionen der Jamaika-Koalition die jüngsten Korruptionsvorwürfe gegen Abgeordnete aus dem Bundestag und dem Bayerischen Landtag. Solche Vorgänge müssten Anlass sein, „mit klareren Regeln und dem Einsatz für mehr Transparenz verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen“, heißt es. Deshalb muss das Vorhaben im Bund unterstützt werden, das Strafrecht zur Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit zu reformieren.

Außerdem sollen „die vorhandenen Regeln in Zuständigkeit des Landes weiter präzisiert“ werden und das Schleswig-Holsteinische Abgeordnetengesetz und die

Verhaltensregeln für Abgeordnete erneut angepasst werden. 2018 hatte der Landtag zuletzt das Abgeordnetengesetz und die Verhaltensregeln für Abgeordnete verschärft. Seitdem müssen Nebentätigkeiten, Nebeneinkünfte und auch politische Spenden öffentlich angezeigt werden.

Politiker sind keine besseren Menschen als andere, betonte Ralf Stegner. „Entscheidend ist, dass aus Einzelfällen kein System wird und wir verstehen, dass uns ein schlechtes Beispiel immer alle betrifft. ... „Die Corona-Pandemie hat Maßnahmen erforderlich gemacht, die wir lange Zeit für undenkbar gehalten hätten. Ausgangssperren oder Kontaktverbote sind ein massiver Eingriff in Freiheitsrechte, aber auch eine besondere Belastungsprobe für unser demokratisches System. Denn anders als in repressiven Systemen lebt unsere repräsentative Demokratie vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen und zu denen, die politisch Verantwortung tragen. Eine Reihe von Vorfällen hat dieses Vertrauen in den vergangenen Monaten erschüttert. Abgeordnete, die hohe Provisionen für die Vermittlung von Masken kassiert haben. Dubioser Lobbyismus für kaukasische Diktaturen. Provisionen oder Vermögensvorteile, die Mandatsträgern als Gratifikation für den politischen Einsatz gewährt wurden. Nicht alles davon ist im strafrechtlichen Sinne illegal. Politisch jedoch gehören diese Vorgänge verurteilt. Klar ist: Wer sein Mandat nutzen will, um sich persönlich zu bereichern, hat in unseren Parlamenten nichts verloren! ... In keinen der Skandale sind nach derzeitigem Stand Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus Schleswig-Holstein verwickelt. Das ist eine gute Nachricht. Und trotzdem müssen die Vorfälle auch für uns Anlass sein, die

bestehenden Regelungen für Landtagsabgeordnete auf den Prüfstand zu stellen. Ich bin sehr froh, dass sich die demokratischen Fraktionen dazu gemeinsam auf den Weg gemacht haben und wir voraussichtlich bereits im Juni über eine Änderung unseres Abgeordnetengesetzes sprechen können. Zwei Punkte sind für meine Fraktion dabei zentral. Wir wollen unmissverständlich klar machen, dass bezahlte Lobbytätigkeiten neben dem Mandat nicht zulässig sein dürfen. Und wir wollen auch verbindlicher machen, was unser Abgeordnetengesetz schon heute vorsieht: Die Ausübung des Mandats hat im Mittelpunkt der Tätigkeit von Abgeordneten zu stehen. Darauf haben Wählerinnen und Wähler einen Anspruch! Das bedeutet ausdrücklich nicht, dass jede Form von Betätigung neben dem Mandat anrühlich wäre. Es ist ausdrücklich begrüßenswert, wenn Abgeordnete sich neben ihrem Mandat ehrenamtlich oder auch kommunalpolitisch engagieren. Das ist wertvolles gesellschaftliches Engagement! Und natürlich müssen wir auch im Blick behalten, dass unser Parlament die Breite der Bevölkerung repräsentiert. Gerade für Selbständige und Angehörige der Freien Berufe ohne Rückkehrrecht in eine Beschäftigung aus der Zeit vor dem Mandat soll auch in Zukunft – in angemessenem Rahmen – eine Nebentätigkeit möglich sein.“

Die Rede von Ralf Stegner kann hier als Video abgerufen werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=QYFERnV4I0U>

Schmerzensgeld für Polizisten neu regeln

Die SPD fordert eine bessere Absicherung von Schleswig-Holsteins Polizisten bei Verletzungen im Einsatz. Nach unserem im Juni vorgelegten Entwurf soll nach dem Beamtenengesetz eine Übernahme des Schmerzensgeldes auch dann erfolgen, wenn der Wohnsitz des Täters, also des Schuldners, sich nicht ermitteln lässt oder der Täter für schuldunfähig erklärt wird.

Auf diese Regelungslücke hat auch die Polizeibeauftragte Samiah El Samadoni in ihrem Tätigkeitsbericht für die Jahre 2016 bis 2018 hingewiesen, heißt es in der Begründung unseres Gesetzentwurfs. Polizeibeamten haben leider ein stark erhöhtes Risiko, durch andere Menschen bei der Ausübung ihrer Pflichten verletzt zu werden. Die ehemalige SPD-geführte Landesregierung hatte bereits geregelt, dass Entschädigungen wie Schmerzensgeld vom Land übernommen werden, wenn der Täter nicht zahlungsfähig ist.

„Die Praxis hat gezeigt, dass die Feststellung der Zahlungsunfähigkeit oft Probleme macht“, sagte die SPD-Landtagsabgeordnete Kathrin Bockey mit Blick auf Schmerzensgeldregelungen. Dadurch entsteht eine Lücke, denn das Land übernehme Zahlungen aktuell nur, wenn ein Täter ermittelt und für zahlungsunfähig erklärt werde. Die zwei aktuellen Gesetzesinitiativen der SPD-Landtagsfraktion – ein älterer zur Anerkennung von Corona-Infektionen als Dienstunfall und der aktuelle zum Schmerzensgeld – sind „ein konkreter Dank“ an die Polizisten im Land, denen ihr Beruf eine Berufung sei.

Mit beraten wurde der aktuelle Tätigkeitsbericht der Polizeibeauftragten. Samiah El Samadoni hat von Oktober 2018 bis September vergangenen Jahres 504 Fälle bearbeitet – 308 kamen aus der Polizei und 190 von Bürgern. In 28 Fällen wandten sich Bürger an die Beauftragte, weil sie polizeiliche Maßnahmen als rechtswidrig

empfangen. Laut El Samadoni waren Maßnahmen aber nur in zwei der Fälle rechtswidrig, drei Sachverhalte seien als unklar einzustufen.

Die Rede von Kathrin Bockey kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2021-06-16T09.59.58.322P02.00.mp4#t=8728,9072>

Gedenkort für die Opfer der Corona-Pandemie

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird in der näheren Umgebung des Landeshauses einen Gedenkort für die schleswig-holsteinischen Opfer der Corona-Pandemie zu schaffen. Dieser Ort soll an die bisher weit über 1.500 Menschen in Schleswig-Holstein erinnern, die durch das Covid-19-Virus ihr Leben verloren haben. Zugleich soll er eine Mahnung an die politisch Verantwortlichen sein, dass Pandemien jederzeit erneut ausbrechen können und dass rechtzeitig Vorbereitungen dafür getroffen werden müssen. ...“

So steht es im Antrag, der auf die SPD-Landtagsfraktion zurückgeht. Die SPD hatte mit ihrer Drucksache (Drs. 19/2988) die parlamentarische Initiative für einen Gedenkort für die Opfer der Corona-Pandemie gestartet. Daraus ist ein letztlich ein Antrag aller demokratischen Parteien entstanden. Die SPD hat angeregt, dass Hinterbliebene die Gedenkstätte mitgestalten können, etwa durch schriftliche Botschaften, Blumen und Erinnerungsgegenstände. Darüber hinaus soll es „ein Ort des Zusammenkommens sein und als Symbol für die Solidarität und wechselseitige Rücksichtnahme unserer Gesellschaft in den zurückliegenden schweren Monaten stehen“, heißt es im Antrag. Zur Einrichtung eines Gedenkorts wird ein landesweiter Wettbewerb ausgeschrieben.

Dazu sagte Serpil Midyatli: „Die Inzidenzen sinken, die Temperaturen steigen. Seit Tagen schon erleben wir, wie wir Stück für Stück unseren Alltag zurückbekommen. Automatisch fühlen wir uns freier. Die Stimmung steigt. Familie und Freunde treffen, gemeinsam EM schauen, grillen. Alles zwar noch mit Bedacht, aber es ist wieder möglich. Vor wenigen Tagen haben wir den Geburtstag meines Vaters gefeiert. Das erste Mal seit August waren alle meine Geschwister und ich gemeinsam bei meinen Eltern und konnten meinen Vater hochleben lassen. Es war ein glücklicher Moment. Doch neben dem Glück empfand ich auf einmal Trauer. Trauer um all die Kinder, die nie wieder einen Geburtstag mit ihrem Vater feiern können. Trauer um die Menschen, die nicht mehr unter uns sind. Um all die Väter, Mütter, Geschwister, Freundinnen und Kolleginnen, die für immer fehlen werden. An vielen Geburtstagstafeln in Schleswig-Holstein, in Deutschland und auf der Welt wird künftig ein Platz leer bleiben. Ein geliebter Mensch wird für immer fehlen. Viele konnten sich nicht einmal richtig von ihren Liebsten verabschieden. Die Pandemie und vor allem das hohe Ansteckungsrisiko haben es nicht erlaubt. Ich glaube, dass eine Phase der Trauer mit großer Wucht auf uns zukommen wird. Noch befinden wir uns in einem Zustand der Bekämpfung der Pandemie. Aber mit jedem Schritt in die Normalität kommen mehr Momente, in denen wir spüren, was wir verloren haben. Es werden die Familienfeiern, Partys und Geburtstage sein, bei denen Menschen fehlen, die uns so wichtig sind. Die Phase der Verarbeitung ist noch nicht vorbei. Und Trauer braucht einen Ort. Daher sollten wir als Gesellschaft auch Orte des

Gedenkens schaffen. Ein Raum, einen Ort, wo wir an all die Menschen erinnern können, zusammenkommen können, um inne zu halten.“

Landtag fordert Freilassung von belarussischem Blogger

Der Kieler Landtag hat in seiner Sitzung am 16. Juni 2021 die Machthaber in Belarus aufgefordert, den regierungskritischen Blogger Roman Protassewitsch aus der Haft zu entlassen. Einer ursprünglich von der SPD-Landtagsfraktion vorgelegten Resolution schlossen sich die Jamaika-Koalition und der SSW an. Als Reaktion auf die erzwungene Landung einer Passagiermaschine in Minsk am 23. Juni 2021 und der Festnahme des regierungskritischen Bloggers Roman Protassewitsch sowie seiner Freundin fordert die SPD-Landtagsfraktion die sofortige Freilassung der beiden Inhaftierten sowie „aller anderen politischen Verfolgten in Belarus.“ Zusätzliche Sanktionen gegen das Regime müssten folgen, „um dem belarussischen Diktator Alexander Lukaschenko und seiner Regierung die finanziellen Möglichkeiten zu entziehen“.

In dem Antrag heißt es: „Zum Vorgehen der Regierung in Belarus kann auch die Politik rund um die Ostsee nicht schweigen. Besonders die für Gewalttaten Verantwortlichen müssen von der Europäischen Union aber auch von der Weltgemeinschaft insgesamt angemessen sanktioniert werden. Der Landtag wird sich gegenüber seinen Partnern in der Ostseeregion dafür einsetzen, ihren Einfluss auf Belarus zu nutzen, um Menschenrechte, Frieden und Demokratie in dem Land als wichtiger Teil Europas wiederherzustellen.“

Zum Vorgehen der Regierung in Belarus darf die Politik rund um die Ostsee nicht schweigen, die in einem intensiven Austausch für eine demokratische und von der Umsetzung der Menschenrechte getragene Entwicklung in der Ostseeregion stehe, hieß es. SPD-Landtagsabgeordneter Bernd Heinemann sagte: „Wir solidarisieren uns mit allen, die sich für ein friedliches, freies und demokratisches Belarus einsetzen“. Weiter betonte er: „Wir Menschen in Schleswig-Holstein werden alles dafür tun, um die friedliche Arbeit rund um die Ostsee erfolgreich fortzusetzen.“ ... „Weder Schweigen noch scharfe Gewalt- oder Spaltungsfantasien sind eine angemessene Antwort auf die Entwicklungen in unserem Nachbarland Belarus. Unsere ausgesprochen gute Zusammenarbeit rund um die Ostsee darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Wir appellieren unter anderem auch an Russland, sich für Menschenrechte, Frieden und Demokratie auch in Weißrussland einzusetzen. Wir Menschen in Schleswig-Holstein und unsere demokratischen Parteien werden alles tun, um die friedliche Zusammenarbeit rund um die Ostsee erfolgreich fortzuführen.“

Die Rede von Bernd Heinemann kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2021-06-16T15.01.19.754P02.00.mp4#t=8804,9138>

Daseinsvorsorge in der Gesundheitsversorgung und Pflege sichern – Antrag

Eine wichtige Lehre aus dieser Pandemie ist, dass es falsch ist, wenn beim Gesundheitssystem Renditeerwartungen im Vordergrund stehen. Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion einen Antrag (Drs. 19/3097) mit insgesamt 14 Forderungen an die Landesregierung zur letzten Landtagssitzung am 18. Juni 2021 vor der parlamentarischen Sommerpause eingebracht, um die Daseinsvorsorge zu stärken. Als Konsequenz aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie hat die SPD einen Kursschwenk im Gesundheitssystem gefordert. Der Staat muss Krankenversorgung und Pflege als Kernbereiche der Daseinsvorsorge betrachten, sagte Ralf Stegner. Es sei ein „fataler Irrglaube“ gewesen, zahlreiche Krankenhäuser und Pflegeheime zu privatisieren. Gesundheit und Pflege sind keine Waren. Das Wohl von Patienten und Mitarbeitern müsse der Maßstab sein und nicht die Renditeerwartungen von Investoren. Ralf Stegner untermauerte die SPD-Forderung nach einer Bürgerversicherung, die „solidarisch von allen finanziert wird“.

In den Kliniken gehöre das System der Fallpauschalen überarbeitet, so Stegner. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Menschen aus Kostengründen „blutig entlassen werden“. Und: Die öffentliche Daseinsvorsorge gehört als Staatsziel ins Grundgesetz. Ralf Stegner erklärte: „Selten zuvor sind die Bedingungen unseres Gesundheitssystems dort derart in den Fokus geraten wie in der gegenwärtigen Pandemie – zu Recht! Corona hat vielen Menschen Leid, Schmerz und enorme Belastungen gebracht. Aber zumindest hat die Pandemie geholfen, dringend notwendige Aufmerksamkeit auf die Situation in unseren Krankenhäusern, den Pflegeheimen oder Praxen zu richten. ... Durch schlechtere oder gar keine Tarife, durch weniger Personal, Arbeitsverdichtung und Stress. ... Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland eine hervorragende und moderne Gesundheitsversorgung bekommen. ... Wenn wir bei der Pflege nicht nur Flickschusterei betreiben, sondern eine zukunftssichere Finanzierung aufbauen wollen, wird kein Weg an einer Bürgerversicherung vorbeiführen. Das ist im Übrigen auch der Schlüssel zur Abschaffung des Eigenanteils bei Pflegeleistungen, der für viele ältere Menschen und ihre Familien eine große Bürde ist. Wir brauchen auch die stabile und solidarische Finanzierung der Krankenhäuser. Nicht nur mit Blick auf Investitionen, sondern auch bei den Leistungen. ...“

Die Rede von Ralf Stegner kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2021-06-18T09.59.37.780P02.00.mp4#t=359,1091>

Rede und Pressemitteilungen

Rede von Stefan Weber 20. Mai 2021 zu TOP 16: Wildtierimporte regulieren – Wilderei, Wildfänge und Artensterben wirksam bekämpfen (Drs. 19/2856, ÄndA 19/3027)

Frau Präsidentin!

Meine Damen und Herren!

„Es verwundert mich doch sehr, dass Sie uns 30 Monate vertrösten, endlich den Online-Tierhandel rechtlich verbindlich zu regeln, um jetzt mit diesem Wildtierantrag um die Ecke zu kommen. Ja, der Anlass ist mir klar – in Berlin wird das Thema gerade diskutiert, da hängt sich Jamaika gerne dran.

Trotzdem: Unser Antrag „Tiere vor Missbrauch schützen: Online-Handel mit Tieren rechtlich regeln“ aus dem November 2018 hat viele wichtige Punkte bereits benannt.

Leider konnten Sie sich auf diese Punkte, die Tierschutz im Online-Handel für ALLE Tiere rechtlich regeln, nicht einigen. Schade für all die Tiere, die in den vergangenen 30 Monaten leiden mussten. Schließlich hat das Thema – vor allem auch des Handels mit Haustieren – seit Beginn der Corona-Pandemie deutlich an Bedeutung gewonnen.

Heute kommen Sie nun mit einem Antrag zum Wildtierhandel – nun gut. Da wir Tierschutz für alle Tiere fordern – unabhängig von ihrer Herkunft – haben wir keine grundsätzliche Kritik an Ihrem Antrag. Allerdings fehlen uns wichtige Aspekte, die wir in einem Änderungsantrag einbringen. Dazu später mehr.

Der Online-Tierhandel boomt – im Internet, auf Online-Marktplätzen und auch in sozialen Netzwerken. Um sich in Deutschland ein Tier zu kaufen, braucht man heute nur wenige Klicks. Dort gibt es alles: lebende Landschildkröten, Riesenschlangen, exotische Papageien oder aber auch den langersehnten Familienhund – rund um die Uhr und ohne großes Risiko.

Eine Studie des BMU zeigte letztes Jahr, dass in Deutschland die Nachfrage nach sogenannten exotischen Arten steigt. Die mit Abstand am häufigsten gehandelten geschützten Tiere sind Reptilien, insbesondere lebende Land- und Wasserschildkröten.

Gerade der Umgang mit Wildtieren ist eine verantwortungsvolle Aufgabe mit der man sich auskennen muss. Die Pflege und Haltung von Tieren muss artgerecht sein, um den Tierschutz einhalten zu können. Für die vielfältigen Probleme und Missstände in diesem Bereich werden deshalb strengere gesetzliche Regelungen gefordert, um den bislang Großteils unregulierten Handel zu steuern.

SPD-Bundesumweltministerin Svenja Schulze sagte anlässlich der Veröffentlichung der Studie am 30. März 2020: „Das Artensterben betrifft nicht nur ferne Länder. Auch

Deutschland und Europa tragen mit dazu bei, dass Arten in ihren Ursprungsländern zunehmend gefährdet sind. Das betrifft ganz direkt die Nachfrage nach exotischen Wildtieren für den deutschen Heimtiermarkt. Diese Nachfrage ist viel zu hoch, das darf nicht so bleiben.“

Beim Handel mit Wildtieren geht es um viel Geld. Tierschutzstandards, tierschutzgerechte Haltung und Transport werden dann mal schnell vergessen oder überhaupt nicht berücksichtigt. Tierheime verzeichnen mittlerweile ein breites Artenspektrum aufgenommener (exotischer) Tiere. Die Abgabegründe weisen darauf hin, dass die Halter sich vor dem Tierkauf häufig nicht genügend informiert haben oder falsch, beziehungsweise nicht beraten wurden.

Jetzt zu unseren Änderungen: die Exopet-Studie von 2018 empfiehlt auch eine durchgehende Überwachung von Tierbörsen durch einen auf die Tierklasse spezialisierten Tierarzt. Tierbörsenleitlinien sollten zudem durch eine rechtsverbindliche, bundesweit einheitliche Verordnung ersetzt werden. Internet-Börsen, die Tiere anbieten, sollten nach Ansicht der Studie ebenso wie Tierbörsen einer Erlaubnispflicht nach dem Tierschutzgesetz unterliegen.

Laut § 2 Tierschutzgesetz muss derjenige, der ein Tier hält oder es betreut, es seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen. Häufig verfügen diejenigen, die mit Tieren handeln über keine artenspezifischen Haltungskennnisse. Das wollen wir ändern!

Wenn Verkäufer und Käufer nicht über die Haltungsvoraussetzungen Bescheid wissen, hat dies oft dramatische Folgen – wie Schmerzen, Leid oder Schäden für das Tier.

Wir brauchen deshalb im Tierhandel eine verpflichtende Sachkundeprüfung für alle Verkäuferinnen und Verkäufer, einschließlich aller Verkaufsportale mit einheitlichen Kriterien und standardisierten Überprüfungen.

Sie sehen, wir haben kluge Ergänzung, die Ihren Antrag noch besser machen. Also stimmen Sie unserem Antrag zu.“

Die Rede von Stefan Weber kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/486x374/2021-05-20T10.00.10.228P02.00.mp4#t=663,1010>

Pressemeldungen

Pressemitteilung. Kiel 15. März 2021. Zu der Initiative des Bundeslandwirtschaftsministeriums erklärt der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Weber:

„Drei Millionen Euro zur Anschaffung von Drohnen mit Wärmebildkameras zur Rehkitzrettung und Wildtiersuche bereit zu stellen, ist gut für den Wildtierschutz. Wir erwarten, dass die Förderrichtlinie des Bundeslandwirtschaftsministeriums nun auch

schnell kommt und der bürokratische Aufwand kleingehalten wird.

Allein die Anschaffung dieser Technik wird Rehkitze jedoch nicht schützen. Ebenso wichtig ist es, Menschen mit dem Umgang der Drohnen vertraut zu machen. Hier sind nun die Hegeringe und die Jägerschaft gefragt.“

Pressemitteilung. Kiel 28. April 2021. Zur heutigen Sitzung des Umweltausschusses und dem Bericht der Landesregierung über den aktuellen Stand des Wolfsmanagements erklären Sandra Redmann, die umweltschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und Stefan Weber, tierschutzpolitischer SPD-Fraktionssprecher:

„Der Wolf erhitzt in Schleswig-Holstein immer wieder die Gemüter. Dabei gibt es seit vielen Jahren ein Wolfsmanagement, das Herdenschutz und notwendige Unterstützung für Weidetierhalter auf der einen Seite, den Artenschutz auf der anderen Seite berücksichtigen soll. Uns geht es weder um eine Wolfsromantik, noch um das Gegenteil, sondern um eine fachliche Bewertung der Situation. Leider findet diese Sachlichkeit ein jähes Ende, wenn Wolfsrisse auftreten. Statt die Lage zu analysieren, sich mit den Hintergründen, eventuellen Entschädigungszahlungen und vor allem wirksamen Herdenschutz zu beschäftigen, geht es sofort um den Abschuss und das Jagdrecht – was übereilt und falsch aufgestellt, oft erst Probleme verursacht, statt sie zu lösen. Statt über Prävention zu sprechen und sich die Frage zu stellen, warum trotz Förderung noch Risse auftreten, wird jeder durchziehende Wolf zum Problemwolf erklärt. Eine fachliche Auseinandersetzung ist dann kaum noch möglich. Vielleicht ist diese von Einigen auch gar nicht gewünscht. Wir brauchen Fakten und fachlich fundierte Lösungen statt Polemik. Ein Wettbewerb um strengste Forderungen und eine nicht nur verbale Aufrüstung kann jedenfalls nicht die Lösung sein. Wir erwarten vom Ministerium, dass es mit Fakten, Aufklärung und wirksamen Maßnahmen gegen die aufgeheizte Stimmung – auch in der Politik – gegensteuert. Und wir erwarten klare Positionen – auch der Koalitionsfraktionen. Die SPD-Fraktion steht jedenfalls zum vereinbarten Wolfsmanagement.“

Pressemitteilung. Kiel 19. Mai 2021. 600.000 Euro für die Wollspinnerei Blunck vom Bund, jetzt muss die Landesregierung liefern! Zu den vom Deutschen Bundestag am 19. Mai 2021 beschlossenen Mitteln erklärte der der Vorsitzende des Finanzausschuss Stefan Weber:

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung vom 19. Mai 2021 eine Förderung von 70. Mio Euro für 319 Projekte aus dem Denkmalschutzprogramm beschlossen. Mit 600.000 Euro wird die Wollspinnerei Blunck in Bad Segeberg unterstützt. „Als Segeberger Landtagsabgeordneter freut mich diese Projektförderung des Bundes sehr, durch Initiativen wie die Wollspinnerei Blunck wird Geschichte erlebbar“ meint Stefan Weber. Durch diesen positiven Beschluss ist die Hälfte der Summe gesichert, die für den 1. Bauabschnitt benötigt wird. Besonders dankt MdL Weber, der Staatssekretärin im Finanzministerium Bettina Hagedorn und dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies für Ihren erfolgreichen Einsatz bei der Unterstützung der Wollspinnerei Bad Segeberg.

Die Restlichen 600.000 Euro müssen jetzt über das Land, Kreis und Stadt sowie privater Unterstützer getragen werden.

Nun kommt es auf die Landesregierung an, zu zeigen, dass Ihr Industriegeschichte und Denkmalpflege wichtig ist. Neben der kulturellen Verantwortung, die der Bund hier übernimmt, werden auch Bad Segeberg und die Region durch ein weiteres Museum attraktiver für Touristen und Einheimische.

Pressemitteilung. Kiel 19. Mai 2021. Zur Maiteuerschätzung 2021 erklärt Stefan der Vorsitzende des Finanzausschuss Stefan Weber:

Die am Dienstag, den 18.05.21 von der Finanzministerin Monika Heinhold vorgestellte Maiteuerschätzung 2021 lässt uns positiv in die Zukunft schauen. Das Land kommt wohl trotz Pandemie noch mal mit einem blauen Auge davon. Bis 2025 kann das Land demnach mit 222 Millionen Euro mehr rechnen als zuletzt prognostiziert. Die Kommunen in Schleswig-Holstein können sich sogar freuen. Für sie sieht es nach der aktuellen Schätzung positiv aus. Die geschätzten Einnahmen pendeln sich auf dem Vor-Corona-Niveau ein. 2021 soll es ein Plus von 252 Millionen Euro werden, dass sich bis 2025 auf ein Plus von 477 Millionen Euro erhöhen soll. Ein Grund für diese positive Prognose sind die stabilen Gewerbesteuererinnahmen. Der Schleswig-Holsteiner Mittelstand und die vielen Gewerbetreibenden zeigen mal wieder das sie Krisenfest sind. Von dieser positiven Steuerentwicklung profitiert auch der Kreis Segeberg. Wenn es so kommt sind dies Einnahmen die die Städte und Gemeinden gut gebrauchen können. „Ich bin da sehr optimistisch“ meint Weber „das Land und die Kommunen können trotz enormer Corona bedingten Ausgaben mit steigenden Steuereinnahmen rechnen“.

Pressemitteilung. Kiel 20. Mai 2021. Jamaika verpasst die Chance, Tiere vor Leid zu schützen! Zum Antrag der Jamaika-Koalition in der heutigen Landtagssitzung zur Regulation des Wildtierhandels erklärt der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Weber:

Durch die Corona-Situation zeigt sich noch einmal besonders deutlich, dass neben den Wildtieren auch normale Haustiere den Schutz der Politik benötigen. Unsere dazu eingebrachten Änderungsanträge, um einerseits einheitliche Standards für den Onlinehandel herzustellen und den Tierschutz in den Mittelpunkt zu stellen und andererseits einen Sachkundenachweis für die Portale und Händler einzuführen, wurden im Landtag abgelehnt.

In der heutigen (20.05.2021) Landtagssitzung wurde ein Antrag der Jamaika-Koalition besprochen, in dem es um die Regulation des Wildtierhandels geht. Dies soll durch eine Bundesratsinitiative umgesetzt werden. Leider ist damit nicht allen Tieren geholfen, weil die Regierungskoalition nur Wildtiere in den Fokus genommen hat. Dazu erklärt der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Weber:

„Durch die Corona-Situation zeigt sich noch einmal besonders deutlich, dass neben den Wildtieren auch normale Haustiere den Schutz der Politik benötigen.“

Unsere dazu eingebrachten Änderungsanträge, um einerseits einheitliche Standards für den Onlinehandel herzustellen und den Tierschutz in den Mittelpunkt zu stellen und andererseits einen Sachkundenachweis für die Portale und Händler einzuführen, wurden im Landtag abgelehnt.

Hintergrund unserer Initiative ist der boomende Handel mit Tieren aller Art von Hunden und Katzen bis hin zu exotischen Wildtieren. Diese werden ohne jegliche Kontrolle oder Aufsicht auf den vielen Online-Marktplätzen und Kleinanzeigen gehandelt. Auffallend ist, dass viele Betreiber entweder ihre eigenen Regeln bezüglich des Tierhandels nicht beachten oder erst gar keine haben. Tiere sind aber keine einfache Ware, denn wer mit Tieren handelt, trägt Verantwortung!“